

1 Textliche Festsetzungen

1.1 Gewerbegebiet

- Gem. §§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 8 Abs. 2 BauNVO: Zulässig sind
- Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe,
 - Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude
 - Tankstellen und
 - Anlagen für sportliche Zwecke

- Gem. §§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 6 BauNVO:

- 1.1.2.1 Wohnungen für Aufsichts- und Berechtigungspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter sind unzulässig.

- 1.1.2.2 Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke sind unzulässig.

- 1.1.2.3 Vergnügungsstätten sind unzulässig.

- Gem. §§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 9 BauNVO:

- 1.1.3.1 Einzelhandelsbetriebe sind unzulässig. Hiervon ausgenommen sind Verkaufsstellen für die Selbstvermarktung der im Gebiet produzierten und weiterverarbeiteten Betriebe, soweit die Verkaufsstelle einen untergeordneten Teil der durch das Betriebsgebäude eingenommenen Fläche nicht überschreitet.

- 1.1.3.2 Entsorgungsbetriebe (alle Abfallarten) sind unzulässig.

- 1.1.3.3 Bordelle und bordellartige Betriebe sind unzulässig.

1.2 Industriegebiet

- Gem. §§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 8 Abs. 2 BauNVO: Zulässig sind

- Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe und
- Tankstellen

- Gem. §§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 6 BauNVO:

- 1.2.2.1 Wohnungen für Aufsichts- und Berechtigungspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter sind unzulässig.

- 1.2.2.2 Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke sind unzulässig.

- Gem. §§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 9 BauNVO:

- 1.2.3.1 Einzelhandelsbetriebe sind unzulässig.

- 1.2.3.2 Entsorgungsbetriebe (alle Abfallarten) sind unzulässig.

- 1.2.3.3 Bordelle und bordellartige Betriebe sind unzulässig.

- 1.2.3.4 Räume und Gebäude für freiberuflich Tätige und solche Gewerbetreibende, die ihren Beruf in ähnlicher Weise ausüben, sind unzulässig.

- 1.2.3.5 Vergnügungsstätten sind unzulässig.

- Gem. §§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 6 BauNVO:

- 1.2.4.1 Wohnungen für Aufsichts- und Berechtigungspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter sind unzulässig.

- 1.2.4.2 Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke sind unzulässig.

1.3 Maß der baulichen Nutzung; hier: Höhe baulicher Anlagen

- 1.3.1 Der untere Bezugspunkt für die zulässigen Gebäudehöhen entspricht der gemittelten Höhe der Gradienten der das Baugrundstück erschließenden Straße, gemessen lotrecht vor der Gebäudemitte. Wenn bei Eckgrundstücken von beiden Seiten Zufahrten vorgesehen sind, ist der Mittelwert der beiden Straßengradienten maßgeblich.

Hinweis: Der Höhenplan, aus dem die Gradienten entnommen werden können, liegt bis zum Satzungsabschluss vor.

1.4 Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

- 1.4.1 Gehege auf den Baugrundstücken, Garagen- und Stellplatzzufahrten, soweit sie nicht Bestandteil der Hauptnutzung sind, sowie Hofflächen i.S. von untergeordneten Nebenanlagen sind in wasserdurchlässiger Weise zu befestigen.

- 1.4.2 Die Durchsichtigkeit für alle spiegelnden Gebäudeteile ist durch die Verwendung transluzenter Materialien oder durch fächiges Aufbringen von Markierungen (Punktreaster, Streifen) zu reduzieren. Zur Verringerung der Spiegelfunktion ist eine Vergläsung mit Außenreflexionsgrad von maximal 15 % zu verwenden.

- 1.4.3 Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft; hier: Festsetzungen auf den nicht-überbaubaren Grundstücksflächen von Baugrundstücken.

- 1.4.3.1 Entwicklungsziele: Extensivgrünland mit Gehölzgruppen aus domigen Sträuchern

Maßnahmen (Empfehlung): Die Flächen sind unter Verwendung einer geeigneten Saatgutmischung regionaler Herkunft (Ursprungsgebiet 21) als Extensivgrünland anzulegen und dauerhaft zu erhalten. Die Pflege erfolgt durch zweischürige Mahd, wobei der erste Schnitt im Juni und der zweite ab September durchzuführen ist. Das Schnittgut ist vollständig von der Fläche zu entfernen. Die Topografie der Maßnahmenfläche ist so zu gestalten, dass eine durchgehende Pflege durch Mahd möglich ist. Entlang der nordöstlichen Flächenbereiche sind in Abständen von etwa 20 Metern Gehölzgruppen aus domigen Sträuchern anzupflanzen. Je Gehölzgruppe sind mindestens sechs Pflanzen aus mindestens drei der folgenden Arten zu wählen: Eingrifflicher Weißdorn (*Crataegus monogyna*), Zweigrifflicher Weißdorn (*Crataegus laevigata*), Schlehe (*Prunus spinosa*) und Hundrose (*Rosa canina*). Die einzelnen Sträucher müssen eine Pflanzhöhe von mindestens 100 bis 150 Zentimetern aufweisen und innerhalb der Gruppe in einem Abstand von etwa zwei Metern angeordnet werden. Die waldzugewandten Bereiche sind von Gehölzen freizuhalten. Düngung und der Einsatz von Herbiziden sind auf der gesamten Fläche unzulässig.

Die Flächen dürfen, obwohl sie Bestandteil eines Baugrundstückes sind, nicht eingezäunt werden.

- 1.4.4 Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft; hier: eigenständige Widmung

- 1.4.4.1 Entwicklungsziele: Ersatzhabitat für den Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling

Maßnahmen (Empfehlung): Auf den Maßnahmenflächen **A, B, C und D** sind extensiv genutzte Grünlandflächen als Ersatzhabitat für den Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling zu entwickeln. Die Bewirtschaftungsweise des Grünlandes ist den ökologischen Ansprüchen des Ameisenbläulings anzupassen. Hierzu zählt eine zweischürige Mahd oder Beweidung (mit Schafen oder Ziegen) mit erstem Schnitt im Juni als Staffelmahd und einem zweiten Schnitt ab September. Düngung und der Einsatz von Herbiziden sind auf der gesamten Fläche unzulässig.

2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

3 Hinweise und nachrichtliche Übernahmen

3.1 Ausgleichsflächen außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches

Zur Kompensation des Eingriffs wurden Ausgleichsflächen außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches festgelegt. Da es sich um ein interkommunales Gewerbegebiet der Stadt Grünberg, der Gemeinde Rabenau und der Stadt Allendorf (Lumda) handelt, wurde der naturschutzrechtliche Ausgleich auf die drei Beteiligten verteilt. Hierfür wurden mehrere Flächen - sowohl Kompensationsflächen als auch Ökotothflächen - außerhalb des Bebauungsplangebietes auf Grundstücken der genannten Kommunen bestimmt. Die Flächen befinden sich im Eigentum der Beteiligten. Zusätzlich wurden Flächen aus dem Ankauf von Ökotothflächen bei HessenForst integriert. Zudem wurden für den erforderliche artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen ausschließlich Flächen aus dem Eigentum der Stadt Grünberg dem Bebauungsplan zugewiesen.

Die Punkte werden von den entsprechenden Ökotothflächen abgeleitet. Für Maßnahmen, die sich noch in der Herstellung befinden, bestehen vertragliche Regelungen zur Umsetzung und dauerhaften Sicherung. Die Maßnahmen werden aus den jeweiligen Ökotothflächen entlassen und als Kompensationsfläche in den Bebauungsplan eingebracht.

- 1.6.3 Zur Außenbeleuchtung sind ausschließlich vollabgeschirmte Leuchten, die im installierten Zustand nur unterhalb der Horizontalen abstrahlen (0 % Upward Light Ratio) und Leuchtmittel mit einem Spektrum von maximal 2.700 Kelvin zulässig. Der Einsatz von Beleuchtungsanlagen mit wechselndem oder bewegtem Licht ist unzulässig. Blendwirkungen auf schutzbedürftige benachbarte Wald- und Grünlandbereiche sind unzulässig.

1.7 Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

- 1.7.1 Mind. 5% der Straßenverkehrsflächen innerhalb des Gewerbe- und Industriegebietes sind zu begrünen. Die Mittelbeete von Kreisverkehrsplätzen und die Pflanzbeete nach Satz 1 sind mit einheimischen, insektenfreundlichen Stauden zu bepflanzen und zu pflegen. Die Bepflanzung der Mittelbeete innerhalb des Gewerbe- und Industriegebietes kann auf die Begrünung nach Satz 1 angerechnet werden.

- 1.7.2 Die in der Plankarte zur Anpflanzung festgesetzten Bäume (Symbole) sind fachgerecht zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Bei Abgang sind Ersatzpflanzungen vorzunehmen (Artenempfehlungen siehe Artenliste Bäume). Bei Ersatzpflanzungen ist eine Verjüngung der Standorte von bis zu 10 m gegenüber den zeichnerisch festgesetzten Standorten zulässig. Für Neupflanzungen ist ein Mindest-Stammumfang von 16 - 20 cm vorzusehen.

- 1.7.3 Je 5 oberirdisch angelegte Stellplätze ist ein 1 standortgerechter Laubbau gemäß der Artenliste unter Ziffer 3.2 zu pflanzen und zu unterhalten. Die Größe der als Pflanzsall anzulegenden Baumscheiben beträgt jeweils mind. 6 m². Die Anordnung obliegt der Freiflächenplanung, wobei die anzupflanzenden Bäume in die Stellplatzanlage zu integrieren sind.

- 1.7.4 Dachflächen

- 1.7.4.1 Dachflächen von Gebäuden und Gebäudeteilen, die nicht als Lager-, Umschlag- oder Werkhalle genutzt werden und eine Dachneigung von < 10° aufweisen, sind dauerhaft zu begrünen. Von der Begrünung ausgenommen sind Lichtkuppeln, Dachaufgänge, notwendige technische Aufbauten, Wartungswege, Altflächen und Brandschutzstreifen. Die Fläche der Substratschicht muss mindestens 8 cm betragen. Die Kombination mit Solaranlagen, Retentionsraum und Biodiversitätsbaustein (z.B. Totholz, Sandstein) im Bereich der Dachbegrünung ist zulässig.

- 1.7.4.2 Die Dachflächen baulicher Anlagen außerhalb der Geländeoberflächen wie z.B. Tiefgaragen, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, sind, soweit sie nicht für Kraftfahrzeug- oder Fahrradstellplätze, Terrassen, Zuwegungen oder Hofflächen genutzt werden, dauerhaft zu begrünen. Die Höhe der Substratschicht muss hierbei mindestens 0,3 m betragen. Die Kombination mit Retentionsraum und Biodiversitätsbaustein (z.B. Totholz, Sandstein) im Bereich der Dachbegrünung ist zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsvorschriften

(Satzung gemäß §§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HGO)

2.1 Werbeanlagen (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HGO)

- 2.1.1 Werbeanlagen dürfen nur in baulicher Einheit mit dem jeweiligen Hauptbaukörper errichtet werden; die maximale Höhe der Werbeanlagen ist auf die tatsächliche Gebäudehöhe zu begrenzen.

- 2.1.2 Fremdwerbung ist unzulässig.

- 2.1.3 Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig.

2.2 Baurechtliche Gestaltungsv